



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 108. Ratssitzung vom 18. September 2024

3704. 2024/166

**Jugendvorstoss, vertreten durch Shanaya Goncalves und Iqra Khan,
vom 05.03.2024:
Gegen Diskriminierung von religiösen Minderheiten an Schulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, den Jugendvorstoss in Form eines Postulats zur Prüfung entgegenzunehmen.

Iqra Khan begründet den Jugendvorstoss (vergleiche Beschluss-Nr. 3092/2024): Bildung ist mehr als das Vermitteln von Wissen. Sie ist die Grundlage für eine gerechte und respektvolle Gesellschaft. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, dass unsere Schulen ein Umfeld bieten, in dem alle Schülerinnen und Schüler respektiert und geschützt werden. Zürich – bekannt als eine multikulturelle und weltoffene Stadt – widerspricht aktuell dieser Wahrheit. In den letzten drei Monaten wurden 21 diskriminierende Vorfälle in den Schulen registriert, darunter acht antisemitische. Das sind nur die registrierten Fälle. Diese Zahlen verdeutlichen, dass wir dringend handeln müssen, um Diskriminierung und interreligiöse Konflikte zu thematisieren. Ein weiteres besorgniserregendes Phänomen ist die Islamfeindlichkeit, die oft von Lehrern ausgehen kann. Diskriminierung durch Lehrpersonen zeigt sich in Form von Vorurteilen oder negativen Kommentaren gegenüber muslimischen Schülerinnen und Schülern. Das kann sich durch das Ignorieren ihrer religiösen Symbole, das Benachteiligen im Unterricht oder das Erschweren der Teilnahme an schulischen Aktivitäten – wegen des Tragens eines Kopftuchs – äussern. Diskriminierung hat weitreichende negative Folgen. Schülerinnen, die Diskriminierung erleben, sind oft emotional belastet, was ihre schulische Leistung und Gesundheit beeinträchtigt. Die Verharmlosung solcher Vorfälle kann zu einer Normalisierung diskriminierenden Verhaltens führen, was langfristige Ungerechtigkeiten und eine erhöhte Kriminalität begünstigen kann. Es ist notwendig, dass wir Diskriminierung in unseren Schulen nicht nur erkennen, sondern konsequent bekämpfen. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen auf Erfolg und ein gesundes Lernumfeld haben. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Samuel Balsiger (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Schweiz ist eine Willensnation mit vier Landessprachen und verschiedenen Kulturen. Wir haben – wenn man von Liechtenstein absieht – den höchsten Ausländeranteil in Europa und einen der höchsten der Welt. Uns verbindet nicht das Blut, sondern die Idee,



was die Schweiz ist. Wir sind direktdemokratisch, haben eine gewisse Ablehnung gegenüber Obrigkeiten und bei uns steht die Leistung im Mittelpunkt. Es gibt Probleme in der Schweiz. Aber verglichen mit Frankreich, den Niederlanden und Italien haben wir einen beeindruckenden sozialen Frieden, auf den wir stolz sein dürfen. Es spielt keine Rolle, woher jemand kommt oder welche Hautfarbe er hat, sondern was er im Leben erreichen will und wie er sich verhält. Wer in der Schweiz fleissig ist und etwas erreichen will, dem stehen praktisch alle Türen offen. Ich habe in meinem vorherigen Votum aufgezählt, in welchem Setting die jungen Menschen aufwachsen müssen. Das zeigt, dass in der Gesellschaft etwas kaputt ging. Die äusseren Einflüsse haben zu einer Verrohung geführt. Um zu veranschaulichen, woher der Hass auf andere Religionen kommt, zitiere ich aus einem NZZ-Artikel: «Schüler umzingeln in Bern eine Lehrerin, rezitieren Gebete, rufen 'Allahu Akbar'», «ein aus Ägypten stammender Siebenjähriger zeigt in einer Zürcher Schule den Hitlergruss und erklärt, Juden müssten sterben. Zuvor weigert er sich, sich im Gruppenunterricht mit dem Judentum zu beschäftigen». Im Artikel hat es X weitere Beispiele. Im März 2024 mussten wir erleben, wie ein 15-jähriger Schüler auf offener Strasse einen orthodoxen Juden mit dem Messer angriff und ihn lebensgefährlich verletzte. In seinem Bekennervideo sagte er, er wolle so viele Juden wie möglich töten. Bereits vor Jahren hat die SVP Fälle aufgegriffen, bei denen wir nachweisen konnten, dass junge Schüler IS-Videos teilten. Diese Fakten lassen sich nicht mit schönen Worten wie «Verhinderung von Diskriminierung» beiseite wischen. Es geht darum, dass sich der Islamismus an den Schulen stark ausbreitet, dass «Jude» auf dem Pausenhof oft ein Schimpfwort ist. Wir mussten erleben, wie eine Politikerin auf das Bild eines Jesuskindes geschossen hat. Das ist für den sozialen und religiösen Frieden nicht förderlich.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Riklin (Grüne): *Zu diesen eher dystopischen und wenig motivierenden Worten braucht es eine Gegenstimme. Ich finde das Anliegen des Jugendvorstosses wichtig. Er hat sämtliche Formen von Diskriminierung im Blick und will versuchen, diese zu verhindern und zu bekämpfen. Das beschränkt sich nicht nur auf religiöse Minderheiten. Auch wenn es heute schon sinnvolle Massnahmen gibt, möchten wir den Vorstoss unterstützen. Es gibt immer Fälle und sicher Möglichkeiten, wie man das besser angehen kann.*

Sophie Blaser (AL): *Ich weiss gar nicht, was ich sagen soll. Es tut mir leid, dass wir – und insbesondere die Jugendlichen – im Gemeinderat diesen Voten zuhören mussten, ohne darauf reagieren zu dürfen. Gerade der SVP hätte es gutgetan, zuzuhören. Wir haben zugehört und dem Votum von Iqra Khan ist nichts mehr hinzuzufügen.*

Ronny Siev (GLP): *Bei der GLP und mir persönlich werden mit diesem Vorstoss offene Türen eingerannt. Ich höre von vielen Fällen, insbesondere von Jüdinnen und Juden. Es geht wirklich sehr, sehr weit. Viele jüdische Leute wollen ihre Identität nicht mehr offenlegen oder ihren Namen ändern. Ich besuche im Rahmen der Stiftung «Erziehung und Toleranz» Schulen und erzähle von meiner Familiengeschichte. Dass ich erzählen kann, was in der Geschichte passiert ist und nie wieder passieren darf, bringt extrem viel für*



ein Wirgefühl und das Verständnis gegen Diskriminierung. Prävention ist zentral. Die Leute sollten keine Vorurteile haben, sich gemeinsam als eine Gruppe fühlen und die Geschichte kennen. Wichtig ist auch die Reaktion auf diskriminierendes Verhalten: Die Lehrerin, der Lehrer, die Schulleitung oder Schulpräsidentinnen und -präsidenten müssen wissen, wie sie damit umgehen und die Schülerinnen und Schüler schützen. Die Meldestelle wurde erwähnt. Ich bin froh, dass es sie gibt, aber sie ist nur ein Teil des Puzzles. Im Kantonsrat wurde im März 2024 ein ähnlicher Vorstoss eingereicht.

Sabine Koch (FDP): Diskriminierung jeglicher Art geht gar nicht. Ihr habt im Jugendparlament zwei Vorstösse dazu eingereicht. Gemäss eurem Titel geht es im Vorstoss explizit um die Diskriminierung religiöser Minderheiten. Im Begründungstext erweitert ihr das noch um die Hautfarbe. Die FDP-Fraktion verurteilt Diskriminierung. In unserer Fraktion ist die Frage nach unserem religiösen Hintergrund, der Hautfarbe oder Geburtsnationalität nie auch nur ein Thema. Dass ihr mit dieser Forderung von religiös motiviertem Rassismus einen Nerv trefft, ist nicht von der Hand zu weisen. Als Beispiel können die Angriffe auf Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft in Zürich in diesem Sommer genannt werden. Iqra Khan hat vorher auch erwähnt, wie viele Vorfälle es an den Schulen gibt. Man sieht in den alten Gemeinderatsgeschäften, dass wir uns immer wieder mit Rassismus beschäftigen. Das Thema lässt niemanden kalt. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus hat einen Rechtsratgeber gegen rassistische Diskriminierung auf der Webseite und das Schweizer Fernsehen hat am 1. Mai 2024 einen Bericht über Rassismus an Schulen ausgestrahlt. Ich persönlich beurteile meine Mitmenschen nie nach Nationalität, Religion oder Geschlecht. Es ist traurig, dass das nicht Normalität ist. Umso wichtiger ist es, dass allen früh bewusst gemacht wird, dass wir alle Menschen sind – unabhängig von Religion, Hautfarbe, Geschlecht oder Nationalität. Ein Rezept gegen Diskriminierung kann ich nicht aus der Schublade ziehen. Sensibilisierung für das Thema in den Schulen ist aber ein guter und wichtiger Anfang. Das Ziel muss sein, dass sich alle Menschen in der Stadt ohne Diskriminierung und Hass erfahrung frei bewegen können. Die Fachstellen wurden erwähnt. Dass es diese gibt, ist das eine, sie sollten aber auch bekannt gemacht werden. Jetzt kommt doch noch ein Aber. Im Vorstoss heisst es: «Der Stadtrat wird aufgefordert, die Gemeindeordnung der Stadt dahingehend zu ergänzen (...)». Das ist unserer Meinung nach nicht möglich, da die Bildung kantonale und nicht städtisch geregelt ist. Trotzdem unterstützt die FDP-Fraktion diesen Vorstoss.

Tiba Ponnuthurai (SP): Die Schweiz hinkt bei der Gleichberechtigung hinterher und ist Jahr für Jahr in fast allen Kategorien das Schlusslicht in Europa. Während der Debatte über den vorherigen Vorstoss wurde viel über Diskriminierung gesprochen. In diesem Vorstoss wird präzisiert, dass auch religiöse Minderheiten besonderen Schutz brauchen, weil sie einer speziellen Diskriminierung ausgesetzt sind. Das liegt daran, dass die Menschen in der Gesellschaft leider nicht alle gleich sind, sondern aufgrund von Sozialisierungen Stereotypisierungen vorgenommen werden und gewisse Menschen mehr Privilegien haben als andere. Für eine funktionierende Demokratie ist es spätestens seit dem letzten Jahrhundert wichtig, dass religiöse Minderheiten – und Minderheiten allgemein – grossen Schutz erhalten. Wer Minderheiten in Demokratien nicht schützt, läuft Gefahr,



4 / 4

*totalitäre Züge anzunehmen. Das ist ein Credo von Hannah Arendt, einer republikanischen Philosophin, die sich ausgiebig und lange mit den totalitären Formen des letzten Jahrhunderts auseinandergesetzt hat. In der Schweiz – und im Westen allgemein – sind Stereotypisierung jüdischer und muslimischer Menschen Alltag. Sie werden allzu oft auch von Autoritäten wie den Medien, Politiker*innen oder Lehrpersonen unhinterfragt repliziert und angewandt. Die SP unterstützt diesen Vorstoss und freut sich über Massnahmen, die der Stadtrat vorschlägt, damit wir einen Schritt weiterkommen.*

Roger Föhn (EVP): *Die Fraktion Die Mitte/EVP setzt sich gegen jegliche Art von Diskriminierung und Rassismus ein. Deshalb unterstützen wir diesen Vorstoss.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Für mich und den Stadtrat ist klar, dass es in diesem Bereich keine Toleranz gibt. Deshalb haben wir nach dem Massaker in Israel und den antisemitischen Übergriffen diese Meldestelle eingerichtet. Damit haben wir immerhin ein Instrument, um die Fälle zu erfassen. Wir haben die Zahlen publiziert und die Eltern und Lehrer informiert. Das ist wichtig, weil Sensibilisierung nur so funktioniert. Den Vorstoss nehmen wir gern entgegen. Wenn wir etwas besser machen können, tun wir das gern.*

Der Jugendvorstoss wird gemäss Art. 159 Abs. 1 GeschO GR als Postulat GR Nr. 2024/445 (Umwandlung) mit 98 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat